

Bayern will Bauvorschriften entrümpeln

Von **Alexander Heintze** (<mailto:heintze@iz.de>) Dienstag, 19. September 2023

Die bayerische Staatsregierung will kurz vor der Wahl noch einen offenen Punkt aus dem alten Koalitionsvertrag umsetzen. Davon profitieren könnte vor allem die Immobilienbranche.

Die steigende Flut von Vorschriften und Einschränkungen ist für viele Bauherren und Projektentwickler einer der größte Kostentreiber. Die Koalition aus Freien Wählern und CSU und Bayern hatten den Bürokratieabbau im Koalitionsvertrag vereinbart, bisher aber kaum umgesetzt. Das soll sich nun ändern.

Bis Mitte kommenden Jahres sollen mindestens 10% der Verwaltungsvorschriften gestrichen werden, kündigte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) an. Außerdem solle die sogenannte Die Paragrafenbremse verschärft werden. Für jedes neue Gesetz sollen zwei bestehende abgeschafft werden.

Zudem sollen neue Gesetze künftig maximal für fünf Jahre gelten. Sollten sie sich dann als überflüssig herausstellen, laufen sie automatisch aus. Zudem verzichtet das Land in den kommenden zwei Jahren auf Gebührenerhöhungen.

„Raus mit Vorschriften, die die Initiative behindern“

Ein Modernisierungsgesetz soll vor allem der Immobilienbranche helfen. Ziel sei es, etwa im Baurecht, bei der Landesplanung und beim Denkmalschutz „inhaltliche Beschränkungen abzubauen.“ Söder spricht von „Entrümpeln. Raus mit Vorschriften, die die Initiative behindern.“

Im Bund will Bayern auf die Abschaffung der Verbandsklage drängen. Es könne nicht sein, dass Nicht-Regierungsorganisationen Genehmigungsprozesse verzögern würden. Das dürfte allerdings nicht gelingen. Mit dem Gesetz zur Verbandsklage hat Deutschland eine EU-Richtlinie umgesetzt. Diese könnte nur die Europäische Union wieder abschaffen. Auf Nachfrage schränkt Söder dann auch ein, man wolle die Verbandsklage „einschränken“.